



„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schliesst an ein Ganzes Dich an!“

## Organ des Verbandes der Porzellan-u. verwandt. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2.00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1.50 Mark. Postzeitungsnr. 295 a. Insertionsgebühr für die Petitionen 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Insertion ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassirer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Berlin 80, Engelser 15 II.

Nr. 48.

Berlin, den 30. November 1900.

27. Jahrg.

### Bekanntmachung.

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Breslau, Ilmenau (Abicht u. Co.), Rheinsberg, Endolstadt (Vollstädt, Schwarze), Triptis, Pegesack.

Der Vorstand.

### Der deutsche Reichstag

ist Anfang voriger Woche wieder zusammengetreten. Der Reichskanzler wechselte, sowie die zu erwartenden lebhaften Debatten bei Punkt „Nachtragsetat“ (Chinarexpedition) ließ diesmal eine außerordentliche Spannung in Volkskreisen gerechtfertigt erscheinen. Die erste Bevathung über diesen Punkt ist nun bereits vorüber und, worüber schließlich in unseren Kreisen kein großer Zweifel war, sämtliche Parteien mit Ausnahme der sozialdemokratischen Partei haben sich bereit erklärt, der Ausbringung dieser so außerordentlich hohen Kosten für den Schaffeldzug zuzustimmen. Wohl ist an dem und jenem, so auch besonders wegen der Richterberufung des Reichstages im Sommer gemacht worden, doch ändert das alles nichts an der Thatsache, daß die bürgerlichen Parteien mit der Regierung durch Dick und Dunn gehen und sei der Boden auch noch so schlüpfrig, wie der im fernen Reich der Witte. Daß die sozialdemokratische Partei da nicht mithut, wo doch weiter nichts als nur eine weitere Belastung der Volksmassen herauskommt, ist selbstverständlich und Bebel hat den ablehnenden Standpunkt in geschickter Weise genugend vertreten. Wir gehen sicher nicht fehl, wenn wir ohne weiteres voraussetzen, daß unsere Mitglieder in solchen bewegten Zeiten die Tagesblätter und zwar die der Arbeiterpartei fleißig lesen und werden sie beinah die diversen gewundenen Reben der Vertreter der bürgerlichen Parteien und jene unserer Bebel bereits in sich aufgenommen haben. Von einem gewölkten Blatt wäre es sicher zuviel verlangt, wollte es sich eingehend über diese, allerdings auch für Gewerbsmitglieder wichtigen Vorgänge im parlamentarischen Leben auslassen, dafür sind die politischen Zeitungen da.

Zdoch eine Ausnahme müssen wir machen mit der 12 000 Ml.-Affaire. Wurde dieser Betrag doch von dem Centralverband der Industriellen dem Reichsamt des Innern zur Verfügung gestellt, zu dem Zweck, Propaganda für die selige Buchhausvorlage zu machen. Jene Vorlage, die, wenn sie Gesetz geworden wäre, speziell uns gewerkschaftlich organisierten Arbeitern das bisherige Koalitionsrecht illusorisch gemacht hätte.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgende Interpellation im deutschen Reichstage eingebracht:

„Welche Maßregeln gedenkt der Hr. Reichskanzler gegen die Beamten des Reichsamts des Innern zu ergreifen, welches von einer Interessengruppe, dem Centralverband Deutscher Industrieller, die Summe von zwölftausend Mark gefordert und erhalten hat, um damit die Agitation für den vom Bundesrat dem Reichstage am 26. Mai 1899 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu betreiben.“

Am letzten Sonnabend kam dieselbe zur Verhandlung und wurde vom Abg. Auer begründet. Er trägt zunächst die Thatsachen vor und verweist auf die nach Bekanntwerden dieser 12 000 Ml.-Sache in der Presse lautgewordenen Ausschüsse. Es sollte damit festgestellt werden, daß es in Deutschland eine herkömmliche Praxis sei, daß die Regierung zur Unterstützung und Errichtung ihrer Zwecke sich privater Mittel bediene und zwar wurde der „Volkswirtschaftsrath“ bismarckischen Audegensens vorgeführt, zu dessen Berufung auch jenesmal 18 000 Ml. aus Privatmitteln zur Verfügung gestellt worden wären. Welt Recht sagt dazu Auer:

„Die Vorgänge beim Volkswirtschaftsrath können aber mit den heutigen gar nicht verglichen werden. Schon der Zweck der Selbstbergabe ist in beiden Fällen ein himmelweit verschiebener. Damals bei Errichtung des Volkswirtschaftsraths handelte es sich für den Fürsten Bismarck, der damals für seine Umwandlung aus einem Freihändler in einen Schutzhändler im Parlament nicht das genügende Verständnis fand und, wie es bei seiner Im-

pulsiven Natur immer getreten ist, nicht warten konnte, bis auch im Parlament der Umsturz der Ansichten sich vollzog, darum seinen Untersuchungen rascher Geltung zu verschaffen. Er suchte im Volkswirtschaftsrath sich einen außerordentlichen parlamentarischen Vertrag zu schaffen, vermöge dessen Gewicht er glaubte, seine Ansichten rascher durchdringen zu können. Das mag ein Streben getreten sein, das vom Standpunkt eines streng konstitutionellen Manns aus nicht genehmigt werden kann, eine irgendwie illusoriale Handlung war es nicht. Hier dagegen hindert es sich um ein Ausnahmegesetz gegen Arbeiter, das dahin gerichtet war, die Arbeiter für die Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen ins Buchhaus zu bringen. Weiter ist auch zu beachten, daß bei dem damaligen Vorgang das Geld von Privaten dem Fürsten Bismarck direkt angeboten wurde, man weiß nicht genau, ob das Angebot angenommen wurde. Hier ist aber direkt von der Regierung das Geld erbeten durch einen Vertreter der Regierung bei Privaten, es handelt sich um ein von Erfolg begleitetes Bittgesuch eines sojen Beamten gerichtet an eine Verbindung, die in der Frage geradezu Partei war.“

Im Bismarck'schen Angebot konnte die Regierung sich entscheiden, daß sie von dem Angebot Gebrauch machen oder es ablehnen wollte. In dem jeweiligen Falle ist aber von einer freien Entscheidung nicht mehr die Rede. Die Regierung hat sich von vornherein in eine abhängige Stellung begeben, ob sie als Bittstellerin austrat. In diese abhängige und noch meistens unvorbildige Stellung konnte der Bittsteller oder seine Auftraggeber nicht kommen, wenn man im maßgebenden Kreis nicht von vornherein entschlossen gewesen wäre, die Mittel der Schafsmacher gegen die Arbeiter zu benutzen. Es ist eine interessante Erscheinung bei uns, wo das preußische Königthum besticht, daß angeblich alle Zeit ein Königthum der Armen gewesen sei, jetzt macht man sich an die Großindustriellen, um 12 000 Mark zu verlongen zur Bezahlung für die Gefüsse, die auf gesprochener Summe es ist, den Kramen, den Unterbielen des Feudalstaats zu nehmen. Nun

bleiben Männern das Koalitionsrecht zu nehmen, ihnen die einzige Waffe stumpf zu machen, um das Koalitionsrecht unwirksam zu machen, dazu erscheint der Herr Direktor von Woedtke mit dem Klingelbeutel vor der Thür der Großindustriellen. Meine Herren, das ist eine sehr traurige Erscheinung. Und die Vertreter der Schärfmacher haben ja auch nicht widerstehen können. Sie versuchen es, zur rechten Zeit Geld aus dem Beutel zu thun, wenn sie dadurch Vortheil erlangen können."

Eine traurige Erscheinung fürwahr ist und bleibt diese 12 000 Ml.-Affaire und was für ein anderer Gedanke kann in den Arbeiterköpfen denn auch auftreten als der, wie Auer sagt: „Die Regierungs- und die Staatsgewalt soll, wie es scheint, bei uns ganz in den Dienst des Unternehmers heruntergedrückt werden. Das Wort des Herrn v. Bötticher in einer Unternehmerversammlung: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“ bildet die wichtigste Beleuchtung für die Zustände.“

Auer verweist darauf, wie einseitig die Regierung sich Informationen einholte; der Oberkommandirende des Centralverbandes der Industriellen rühme sich seiner guten Beziehungen nach oben, die Arbeitervereine, auch wenn sie Hunderttausende von Mitgliedern umfassen, würden vollständig ignoriert auch wenn es sich bei Verhandlungen der Kongresse solcher Vereine um die vitalsten Interessen der Arbeiter handele, habe Niemand von den Regierungsherren Zeit, hinzuhören. Bei Unternehmerversammlungen wäre das anders, da würden Regierungsvertreter sogar Reden halten. — Weiter sagt Auer:

„Um die Ungeheuerlichkeit des Falles zu verschleiern, hat man behauptet, es handle sich bei der Veröffentlichung des Briefs um eine freihändlerische Intrigue. Die Sozialdemokratie hätte sich dem Freihandel zur Disposition gestellt und werbe für ihn. Ein schärferer Einwand kann gar nicht gemacht werden. Wenn es uns darauf ankäme, die moralische und ethische Grundlage des Reichs zu untergraben, dann könnte es uns ja nur recht sein, wenn so fabenscheinige Vertreter im Ministerium sähen, und wir hätten keinen Anlaß, dem Freihandel Dienste zu erweisen. Das Gegenteil hätten wir Ihnen müssen. Es handelt sich aber eben um keine derartige Intrigue. Ich weiß nicht, wie die „Leipziger Volkszeitung“ in den Besitz des Briefs gekommen ist und wenn ich es wüste, würde ich es Ihnen auch nicht sagen! Aber soviel ist klar, wenn keine Rettung eintreten sollte, wenn der Fall Woedtke damit erlebt wäre, daß man sagt, er habe ja die Belege für die Verwendung des Gelds in seinem Portefeuille, — nun und soll es recht sein! Über das sage ich, in unseren Reden und unserer Presse wird dann bei jeder Gelegenheit, wo wir in Opposition treten, die Frage aufgeworfen, in welchen Diensten geschieht die Handlung und wer bezahlt die Agitation.“

Er sagt zum Schluß: „Fort mit einem System, daß solche Vorgänge jetzt und hinaus mit den Personen, die sich derartigen zu Schulden kommen liegen.“

Der neue Reichskanzler, Graf Bölow, beantwortet die Interpellation dahin, daß er die Angelegenheit mit den 12 000 Ml. mißbillige, es solle nicht wieder vorkommen, zu weiteren Maßnahmen sehe er sich aber nicht veranlaßt. Er bezeichnet die Auslassungen in der Arbeiterpresse, mit Bezug auf diese Affaire, als ganz ungeheuerlich, so etwas wäre ihm noch nie vorgekommen. Nur ja, Übertreibungen auf dem Gebiete des Chauvinismus ist auch etwas anderes, als wenn Arbeiter sich wehren,

dass sie ihr blöden Koalitionsrecht nicht verlieren und die Handlungen ihrer Gegner in gehöriger Weise brandmarken.

Mit der mißbilligenden Erklärung des Reichskanzlers war die Ungelegenheit eigentlich schon so ziemlich abgeholt. Der freisinnige Abgeordnete Munkel zessete in ausgezeichneter Weise noch die Sündigung des Reichsamts und fragt, was der Reichskanzler für Vorkehrungen zur Verhütung solcher Fälle treffen wolle und was nun mit der Summe, „die die Finger der Regierung beschmutzt hat“, gemacht werden soll.

Ein Loblied auf die verscharrte Buchhausvorlage sang der Abg. v. Lebeckow: es wäre, wenn sie Gesetz geworden, durchaus keine Schädigung der Arbeiter oder eine Aushebung des Koalitionsrechts geheißen. Der Entwurf wäre wegen der Hetzerien der Sozialdemokraten nötig gewesen. Der Bericht des Reichsamts, der um bis 12 000 Ml. schwirrt, habe sich um das Wohl der Arbeiter verdient gemacht. Dieser Satz entseßelt natürlich auf der linken Seite des Hauses stürmishe Heiterkeit.

Der Abg. v. Starckoff, wie Herr v. Lebeckow ein grimmer Feind der rothen Partei, hante in dieselbe Kerbe wie letzterer und betonte, daß er den Centralverband der Industriellen ins Leben gerufen habe. Es hätte dieser schon vielen Arbeitern eine erhöhte Lebenslage verschafft, es sei keine Horde von Ausbeutern und Räubern. — Säglram genug, daß der Vater dieses Verbandes sein Kind damit in Schutz nehmen muß, daß er meint, es wären die Unternehmer keine Ausbeuter und Räuber. Drastisch und bezeichnend für den edlen Herrn, der ja auch Großunternehmer ist, ist sein Ausspruch, die Regierung hätte ihren Zweck viel geschickter erreichen können, als sie es mit den 12 000 Ml. versucht habe. Das läßt tief blicken.

Zum Schluß geht Abg. Schönlanck entschieden gegen die Handlung des Reichsamts vor. Die Veröffentlichung des Buß-Briefes habe festgestellt, daß das Reichamt des Innern auf Schleichwegen die öffentliche Meinung zu beeinflussen gesucht hat, indem es solche Veröffentlichungen in die Provinzprese lancieren ließ, ohne daß die Leser ahnen konnten, daß es sich um guvernementale Mache handele.

„Die Subvention ist thatsächlich erbeten und verwendet worden für die Agitation im Interesse der Buchhausvorlage. Und das hat Graf Posadowsky nicht getröst? Er ist immer wie ein Parzival durchs Reichamt des Innern gegangen, der taube Thor, der gar nichts weiß von dem, was ihn umgiebt! So leichtgläubig sind wir nicht, das zu glauben. Was würden Sie dazu sagen, wenn etwa die Regierung Geld verlangte von den Gewerkschaften, um ein ernsthaftes Arbeiterschutzgesetz einzubringen. (Sehr gut! links.) Ja, die theoretische Möglichkeit besteht, und was würden Sie sagen, wenn möglich die Nachricht durch die Presse ginge, daß das Reichamt des Innern sich erwärmt hätte für die Forderungen eines solchen Simonidenischen Vereins, wie der, für Handelsfreiheit; würde man da nicht rufen: Seht, hier werden die Geschäfte des Freihandels besorgt! Der objektive Beobachter muß sagen, was hier geschieht, kann auch einmal bei einer anderen Staatsfamilie bei einer anderen Angelegenheit geschehen. (Sehr richtig! links.) Wäre es nicht möglich, wenn man plötzlich erfährt, daß der 10 Markzoll, dieses Desiderium der Bündler, bewilligt wird, dann auch von dieser Brämer auszugehen: Nun natürlich, da haben die Herren vom Bund auch mal in die Tasche gegriffen. (Zurufe.) — Da habe ja nur von einer theoretischen Möglichkeit gesprochen. — Also meine Herren, es steht fest, Herr Woedtke

ist fehlt gegangen bei dem Centralverband für die Buchhausvorlage. (Heiterkeit.) Nun wird die Frage dadurch nicht beantwortet, daß man einen Sündenbock in die Wüste schickt. Ja, wenn dieser hier beobachtete Standpunkt sich erwölbt als die Folge eines Systems, eines alten freundlichen Allianz-Verhältnisses zwischen Schärfmacher und Regierung, wenn man sagt, das hier ist bloß einmal vorgekommen, wir wollen es wahrhaftig nicht wieder thun, so ist das die alte Geschichte von der Jungfrau, die bloß ein Kind, aber ein ganz kleines hat. (Große Heiterkeit.) Die Regierung ist kompromittiert und es zeigt der Vorgang, der erst als Erfindung bezeichnet und dann als ganz belanglos hingestellt ist, daß große Interessengruppen in der deutschen Gesetzgebung eine Rolle spielen, die uns an die Zustände im Staat New-York erinnern, an den Tammany Ring. Aber dieser Tammany-Ring in New York und der Centralverband in Deutschland sind verschieden an Bedeutung, denn der letztere betrifft die Gesetzgebung eines ganzen Landes, der erstere beschränkt sich auf ein kleines Territorium.

Ist es denn so etwas Neues mit der intimen Freundschaft zwischen den Herren vom Reichamt des Innern und dem Centralverband? Am 2. April 1899 brachte die „Nord. Allgem. Blg.“ den berühmten Bericht über ein Diner des Centralverbandes, zu dem eine ganze Reihe Bundesratsmitglieder, an der Spitze Herr v. Bötticher, erschienen waren und wo auch sehr feucht-fröhliche Reden gehalten wurden. Der Vorsitzende des Verbandes, Herr v. Hafkamp, dankte dem „hohen Gönner“ der Industrie, Herrn v. Bötticher, daß die Regierung sich wie bereits bei früheren Gelegenheiten auch hier — es handelte sich um die Altersversicherung — von dem Gedanken habe lassen lassen, der Industrie nicht mehr aufzubürden, als sie tragen könne. (Hört! hört!) Und Herr Jenck, der Vater der Kruppschen Werke, wurde bei dieser Gelegenheit geradezu sentimental und elegisch. Er sagte, Herr v. Bötticher sei der Mann, der für die berechtigten Klagen und Forderungen der Industrie immer ein offenes Ohr habe. (Hört! hört! links.) Das offene Ohr hat Herr v. Bötticher damals gehabt, die offene Hand hatte das Reichamt des Innern 1900. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Beziehungen des Centralverbands zum Reichamt des Innern haben, wie die Geschichte der sozialen Gesetzgebung beweist, an Intensität von Tag zu Tag zugenommen. Die kleine Übung von Seiten des Herrn v. Berlepsch ist rasch vorüber gegangen, und die Innigkeit ist gewachsen. Die Forderungen des deutschen Tammany-Rings sind immer rücksichtsloser geworden und gegenüber einer so hochgestellten Behörde von einer gewissen Ruppigkeit gewesen. (Große Heiterkeit! links.) Die Büros des Centralverbands in Berlin sind die eigentliche Stelle für Sozialpolitik und das berühmte Amt in der Wilhelmstraße ist nur eine Filiale. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es steht fest, daß der Centralverband, der einer Organisation des Arbeiters Trug bieten will, der den Arbeitern ansichtiglich die bürgerliche Gleichberechtigung versagt, der immer für das Sozialistengesetz, das Umsatzgesetz und Ausnahmegesetz eingetreten ist, die wichtigsten Bestimmungen der Buchhausvorlage schon seit mindestens zehn Jahren energisch verlangt hat. Schon 1890 enthielt die berühmte Gewerbenovelle einen Paragraphen, der sozusagen der Embryo der Buchhausvorlage gewesen ist. (Sehr richtig! links.)

Am 17. November, drei Tage vor der Verscharrung der Buchhausvorlage, waren die

Herren vom Centralverband in Berlin zusammen und fassten eine feierliche Resolution zu Gunsten des Buchausgesetzes. Sie empfanden eben Vaterschmerzen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es war ihnen ein Kind sozusagen als Frühgeburt gekommen und sie wurden nun zu dem Schmerz über seinen Verlust heimgesucht durch den Verlust des Herrn v. Woedke um die 12 000 Mark. Eine kostspielige Allmäntionsgeschichte. (Heiterkeit!) Die Situation, in die die Enthüllung des Buick-Briefes die Regierung gebracht hat, ist keine beneidenswerthe. Graf Bülow hat übernommen alte Papiere und alte Thaten, und er hat in dieser Zwangslage die heutige abgegebene Erklärung gemacht. Ist dieser Vorgang blos so ein unbedeutendes Zwischenstück, ein Intermezzo? Ach nein! Dies Subsidienverhältnis zwischen der Regierung und den Schatzmachern ist nur ein Symptom für die Präponderanz der Interessen der Großunternehmer über die Wohlfahrt des Volkes und die höchsten und bedeutamsten Interessen der Arbeiter. Es zeigt sich, daß die Regierung die Geschäfte der herrschenden Klassen besorgt und nur das Komitee, die Beauftragte des Unternehmers ist, möge es ihr als Großgrundbesitz oder als Großindustrie oder als Großkapitalismus gegenüberstehen. Wo bleiben denn die berühmten Phrasen von Kultur- und Rechtsstaat? Die Erscheinungen, welche wir hier kritisieren, zeigen die faulen Flecke an diesem sogenannten Kultur- und Rechtsstaat, der in Wirklichkeit ein Polizei-, Junker- und Kapitalistenstaat ist. (Rufe links: So ist es!) Aus dem gesellschaftlichen Zusammenleben der oberen Klassen erklären sich solche Vorlommisse. Man hat sich gegen persönliche Bestrebungen verwaht, aber diesen Vorwurf hat Niemand erhoben. Die hier in Rede stehende Korruption ist nur viel ärger. Wir haben leider keine konstitutionellen Zustände, sondern nur eine dekorative Klasse. In einem parlamentarisch regierten Staate wäre die Regierung, die sich so etwas zu Schulden kommen ließe, mit dem Augenblick des Bekanntwerdens unmöglich; wir aber leben in der Zeit eines persönlichen Regiments und die verschiedenen Reichsämter sind nichts anderes als Organe sehr hoher und einflussreicher Kreise. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie sprechen von Intrigen und Machenschaften, aber nicht, daß so etwas geschehen ist, bedauern Sie, sondern nur, daß es bekannt wird. Sie nennen es eine Machenschaft, wenn man solche Dinge aufdeckt. Sie sagen: Wir wollen Minister stürzen? Was liegt uns daran, ob ein Staatssekretär so oder so heißt, der eine kommt, der andere geht! Derselbe Jaden, nur eine andere Nummer! (Sehr richtig! links.) Nein, wir wollen nur zeigen, wie die Geschäfte von Seiten der Regierung geführt werden im alleinigen Interesse der Schlotjunker!

Obwohl der Graf Posadowsky im Hause anwesend war, schweigt derselbe, auch auf eine Provokation Singers. — Die Sache mit den 12 000 Mark wäre nunmehr erledigt für die Regierung und den Reichstag, für die Arbeiterschaft dürfte sie aber noch recht lange auf der Tages-Ordnung bleiben. Auf alle Fälle haben die Arbeiter alle Ursache, auf Grund auch dieses hellen Vorlommises, stets und immer auf dem Posten und recht wachsam zu sein, daß sie durch irgendwelche Machenschaften nicht überrumpelt werden.

Welche offene und geheime Macht der Centralverband der Industriellen ausübt, das sehen wir an der 12 000 Mark-Urssäfe, und wenn auch Herr v. Bülow erklärte, daß in etwas nicht mehr vorkommen solle, nun, dafür

kann aber doch einmal ein Fingerzeig von v. Kardorff, der die Ansicht hegt, daß man so etwas viel geschickter machen müsse, ein anderes Rezept herausbeschützen.

Die Organisation der Arbeiter, sowohl gewerkschaftliche wie politische, sie allein wird im Stande sein, den Gesüsten der Herren Unternehmer sowohl, als auch allen anderen Anführern, mögen sie von der oder jener Seite kommen, einen wirksamen Widerstand entgegenstellen zu können.

## Anträge der sozialdemokratischen Fraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion hat dem Reichstag folgende Anträge und Gesetzentwürfe unterbreitet:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen an Stelle der im § 139b des Reichsgesetzes der Deputation bestimmten Beamten und Landespolizeibehörden Betriebsaussichten. Behörden nach folgenden Grundsätzen errichtet werden:

Die Aussicht erstreckt sich auf alle Betriebe im Gewerbe, einschließlich der Heimarbeit, Handel, Verkehr, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Schifffahrt.

Sie wird einer Reichs-Zentralaufsichtsbehörde übertragen, welche dieselbe nach Inspektionsbezirken zu organisieren hat.

In den Inspektionsbezirken wird die Betriebsaussicht von Reichsbeamten und Beigeordneten gemeinsam auszuüben mit dem Recht, ihre Anordnungen zwangswise durchzuführen.

Die Beigeordneten sind auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts von den Hilfspersonen aller Betriebe zu wählen. Weibliche Beamte und Beigeordnete sind entsprechend der Zahl der in den Betrieben beschäftigten weiblichen Hilfspersonen anzustellen beziehungsweise zu wählen.

\* \* \* \* \*  
Gesetz betreffend die Abänderung des Straf-Gesetzbuchs für das Deutsche Reich.

§ 1. Die §§ 95, 97, 99, 101 und 103 des Straf-Gesetzbuchs für das Deutsche Reich sind aufgehoben.

Die vorstehenden Paragraphen beziehen sich auf die Majestätsbeleidigungen.

\* \* \* \* \*  
Gesetz betreffend die Abänderung des Artikels 31 des Gesetzes betreffend die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871 (Bundes-Gesetzblatt 1871 Seite 63).

Der Artikel 31 wird wie folgt abgeändert:

Artikel 31: Ohne Genehmigung des Reichstags kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode verhaftet oder wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen werden, außer wenn es bei Ablösung der That oder im Laufe des nächsten folgenden Tages ergreifen wird.

Auf Verlangen des Reichstags muß jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs-, Straf- oder Civilshaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden.

\* \* \* \* \*  
Gesetz wegen Ausschaltung der dem Stadthalter von Essa-Lothringen übertragenen außerordentlichen Gewalten.

Einiger Artikel. Die dem Stadthalter von Essa-Lothringen durch den § 2 des Gesetzes betreffend die Verfassung und Verwaltung Essa-Lothringens, vom 4. Juli 1879 (Reichs-Gesetzblatt S. 185) übertragenen außerordentlichen Gewalten (Gesetz betreffend die Einrichtung der Verwaltung vom 30. Dezember 1871, Gesetzblatt für Essa-Lothringen 1872 Seite 49) sind aufgehoben.

\* \* \* \* \*  
Gesetz betreffend das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition.

§ 1. Die Reichsbürgerlichen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, sich zu versammeln.

Zur Versammlung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch einer Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens 6 Stunden vor ihrem Beginn durch den Verwaltungs- oder Gendarmeriebeamten, der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs beauftragt ist, anzugezeigen.

§ 2. Die Reichsbürgerlichen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden.

§ 3. Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechende Gesetze und Verordnungen, einschließlich deren welche die Herausführung und Vereinigung zum Zweck der Errangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungs-

bedingungen hindern, unterliegen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben.

§ 4. Wer die Ausübung der in vorstehenden Paragraphen gewährleisteten Rechte hindert oder zu Hindernis versucht, wird mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Einschätzungsmaß eine höhere Strafe entfällt.

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen regelmäßige tägliche Regelarbeitszeit festgesetzt für alle im Lehr-, Arbeits- und Dienstzweck für Gewerbe, Industrie, Handel- und Handelsbetrieb beschäftigten Personen einzufügen auf 10 Stunden festgesetzt und innerhalb gesetzlich zu bestimmender Minuten auf 8 Stunden verlängert wird.

Gesetzentwurf eines Gesetzes betreffend die Änderung des Strafgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874.

Art. 1. Der Artikel 2 bis § 20 des Strafgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 erhält folgende Änderungen:

Ist die Druckschrift eine periodische, so ist die auf der Druckschrift angegebene verantwortliche Redakteur als Thäter zu bestrafen, wenn er nicht den Auftrag führt, daß er nicht der Thäter ist.

Art. 2. In das Heilsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 ist folgender Paragraph einzufügen:

§ 21a. Ist im Innern durch unzulässiges Urteil festgestellt worden, daß der Inhalt einer Druckschrift nicht den Thathalt einer Straftat verdächtigt enthält, so kann auf denselben Inhalt eine Verurteilung wegen Herstellung einer Druckschrift auch nicht in anderen Fällen und nicht unter dem Gesichtspunkte anderer bestehender Strafgesetze begründet werden. Diese Abstzung haben auch Urtüle, welche vor Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen werden sinken.

Art. 3. Der Paragraph 22 des Heilsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 erhält folgende Änderung:

Die Strafverfolgung berücksigt Verbrechen und Vergehen, welche durch die Verbreitung oder den Verzehr der Verbreitung von Druckschriften strafbarer Inhalts begangen werden, sowie aller Art der Verbreitung dienenden Vorbereitungshandlungen, welche auf Grund des Inhalts der Druckschrift den Thathalt eines Verbrechens oder Vergehens erfüllen und denjenigen sonstigen Vergehen, welche in diesem Gesetz mit Strafe bedroht sind, verjährt in 6 Monaten.

Die Verjährung beginnt:

1. bei den mit der Veröffentlichung des Inhalts der Druckschrift beschäftigten Personen (d. h. Verfasser, Herausgeber, Redakteur) mit dem Zeitpunkt, in welchem mit ihrer Zustimmung die Druckschrift veröffentlicht wird, und wenn ihre Zustimmung zu dem Zeitpunkte der Veröffentlichung nicht festgestellt ist, mit dem Zeitpunkte, in welchem sie das Kenntnis zum Zwecke der Veröffentlichung aus den Händen gegeben haben,

2. beim Drucker mit der Vollendung des Drucks,

3. beim Verleger und Vertrieber mit der ersten von ihm vorgenommenen Verbreitungshandlung.

Art. 4. In das Heilsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 ist folgender Paragraph einzufügen:

§ 21a. Begründet der Inhalt einer im Innern erschienenen Druckschrift den Thathalt einer strafbaren Handlung, so ist zur Strafverfolgung ausschließlich das Gericht des Orts zuständig, welcher der Sitz des aus der Druckschrift angegebenen Verlags ist, oder wenn die Druckschrift eine solche Angabe nicht enthält, das Gericht des Orts, an welchem sie gedruckt ist.

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage in der nächsten Session das im § 6 des Reichsmühlgesetzes vom 21. Mai 1879 vorgelegene Heilsgesetz über die Abgrenzung der Wahlkreise vorzulegen und bei der Auszeichnung der Wahlkreise die seit 1887 veränderten Bevölkerungsverhältnisse in angemessener Weise zu berücksichtigen.

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Verwendung von alkoholischen Getränken unter 14 Jahren bei gewerblichen Arbeiten sowie bei Arbeiten gegen Entgelt im Gelände erlaubt und bei der Handelsordnung verboten wird.

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die allgemeine Betriebsverhinderung bei Wohnungswesen vorgenommen, insbesondere Betriebsverhinderung

ungen bezüglich der Beschaffenheit der Wohnungen und der Durchführung der Wohnungsinpektion, sowie Schaffung eines Reichs-Wohnungsamts.

Außerdem bringt die Fraktion einen Gesetzentwurf, der die Verantwortlichkeit des Reichs-Planzlers ein.

Desgleichen den Gesetzentwurf, die Errichtung von Arbeitskammern und eines Reichs-Arbeitsamts betreffend.

## Wirtschaftliche Gleichheit.

Zwei Thatsachen sind es, welche selbst von bürgerlichen Wirtschaftsreformern nicht gelungen werden und denen sich auch der vorzüglichste Schönfächer sozialer Zustände nicht verschließen kann. — Einmal steht fest, daß trotz aller Kulturfortschritte ausgebreitete Notzustände vorhanden sind und zum Andern kann nicht gelungen werden, daß die Errungenchaften des menschlichen Geistes in einseitiger Weise ausgenutzt werden, daß der Allgemeinheit nicht genügend damit gedient wird und die überwiegende Mehrzahl der Menschen keinen oder nur einen geringen Anteil daran hat. — Die Erfindungen pflegen von einer bestimmten Stufe materiell ausgebaut zu werden und die Annahmehilfen, welche der Kulturfortschritt mit sich bringt, Bequemlichkeit, allerhand Erleichterungen, ja sogar die hygienische Erkenntnis können für die großen Massen nur sehr unzureichend oder garnicht dienstbar gemacht werden. Diese Nebenzustände hat unsere Revolution nicht nur nicht beseitigt, sie hat sie durch die Herrschaft des Kapitalismus, welcher alles an sich reißt, verschärft, oder geradezu erzeugt.

Wie im Mittelalter das Faustrecht, so gilt in der heutigen Zeit das Recht des Stärkeren, des wirtschaftlich Stärkeren. Mag auch der ökonomisch Schwächere zu Grunde gehen, dem Kapitalismus ist das gleich, seine Übermacht gestaltet ihm Alles, was nicht gerade gegen die Gesetze verstößt und auch diese werden ja so häufig — verschiedentlich gedeutet — und umgangen. — Soviel steht fest, daß in unserer Gesellschaftsform der Egoismus die hauptsächlichste, stärkste und kräftigste Triebfeder alles Schaffens und Strebens ist. — Das sittliche Prinzip im Menschen wird durch den Kampf ums Dasein beherrscht, es wird in seiner Entwicklung durch den Egoismus gehemmt. — So sehen wir denn, daß ein Theil der Arbeiter infolge von Überanstrengung und ungenügender Nahrung zu Grunde geht, während der Anderer, welcher keine Arbeit erhalten kann, dem vagabundenthum anheim fällt. — Sind Beweise nötig? Was scheert sich z. B. eine Fabrikverwaltung darum, wie ihre „freien“ Arbeiter leben, was kümmert derselbe, ob sie ihren Verpflichtungen gegen Staat und Gemeinde, gegen die eigene Familie z. c. nachkommen können! Die Altonäre verlangen ihre Dividende. — Will der Lohnarbeiter bei den geringen Löhnen nicht langsam verhungern, rafft er sich zur Gegenwehr — zum Streik — auf, so ruft die Unternehmerschaft mit seinem Satelliten den Altenbesitzern im Chorus die Gesetze resp. die gouvernamentale Gewalt an, um ihn zu zwingen — nicht etwa seine Pflichten gegen seine eigene Familie, sondern gegen die — jener Mietshauer und desgleichen nachkommen. — Findet so ein Großgrundbesitzer, daß er infolge von Miszwirtschaft und vergleichsweise mit dem Auslande nicht mehr konkurrenzen kann, so scheidet er nach Staatshilfe, nach Rentzößen, Blechzößen u. s. w., anstatt sich selbst zu helfen. Oder über mehrere verschiedene oder auch eine ganze Branche — wie jetzt die „Rohstoffel“ — schließen einen Ring, um die Produkte zu verteuern. Verlangt der Lohnarbeiter nun infolge der hieraus entstehenden Vertheuerung der Lebensmittel z. c.

höhere Löhne, so ist er ein unverschämter Mensch, welcher der Bekehrlichkeit fröhnt und nie genug kriegen kann. Das nennt man aber trotzdem: „Gleiches Recht für Alle“. — Wie die bevorzugten Klassen im Mittelalter mit dem Lohnarbeiter umgingen, das läßt sich nach dem Grade der Unfreiheit ermessen, in der er heute noch sich befindet. — Von einer freien Verfügung über seine Arbeitskraft war keine Rede, so weit ihn nicht der Hunger zwang, nötigten ihm Gesetze, seine Arbeitskraft zu einem Preise zu verkaufen, der den Herren angenehm war und ihnen reichen Profit in die weiten Taschen ließerte. — Wehe ihm, wenn er sich widersetzte, auf „Zusammenrottungen“ zum Zwecke der Erlangung höherer Löhne, waren zum Theil schwere Leibesstrafen gesetzt. — So haben die herrschenden Klassen sich fortgesetzt auf Kosten des arbeitenden Volkes bereichert und die wirtschaftliche Angelegenheit herbeigeführt und gefördert bis auf den heutigen Tag. Es ändert an der Sache nichts, ob es in ihrer rohen Form mittelalterlicher Freiharbeit oder in der feineren Form der sogenannten „freien Lohnarbeit“ oder mittelst Getreidezöllen, Butterprämien oder Branntwein-Gebesgaben geschieht. Die wirtschaftliche Gleichheit geht dabei in die Brüche und damit die Freiheit des Individiums. — Die wirtschaftliche Ungleichheit schuf zu allen Zeiten Herren und Knechte. Die Ansammlung ungeheurer Mietshäuser in den Händen Einzelner, wurden zu Machtmitteln gegenüber der großen Masse Uebermittelner, sie machte den Menschen vom Menschen abhängig.

Zwar hat der Kapitalismus der Welt einen großen Dienst geleistet, indem er die Organisation in die Hand nahm, aber es wird doch oder es könnte der Fall eintreten, wo der Arbeiter sagt: „Sawohl Ihr habt die Industrie organisiert, aber wir sind dabei Eure Knechte geworden und wir könnten es doch besser haben“.

„Wir schenken eine große Genossenschaft an die Stelle des Kapitalismus, wir gründen die industrielle Republik oder die republikanische Fabrik z. c. eine Einrichtung, die auf wirtschaftliche Gleichheit beruht, denn das heutige Prinzip, die Kapitalistenwirtschaft geht dahin aus, Eigentum für eine geringe Minderheit zu erwerben, alle übrigen aber um ihr Eigenum zu bringen.“

„Alle Menschen haben von Natur denselben Wert und die gleichen Rechte, sagt Bellamy in der „Gleichheit“, daraus folgt, daß kein System der Gütervertheilung eine Berechtigung hat, welches diese Gleichheit nicht berücksichtigt und sicher stellt.“

„Wo würde man in der Natur ein Prinzip der Ungleichheit finden können?“ — fragt ein Philosoph zur Zeit der großen Revolution in Frankreich. — Die Natur hat weder Arme noch Reiche geschaffen, noch hat sie die Menschen hinsichtlich ihrer geistigen Begabung so durchaus verschieden gemacht, daß sie dadurch einen großen Unterschied in den Lebensbedingungen geschaffen hätte.

Die Verschiedenheit der Erziehung ist es, welche erst die geistigen Bescheidenheiten der Menschen erzeugt.“

Darum sagt auch schon Rousseau in seiner „politischen Ökonomie“: „Insbesondere muß die Erziehung ein öffentliche, gleiche und gemeinsame sein, Menschen und Bürger heranzuführend“.

— Du umfache Erziehung ist es, welche neben der Monopolisierung von Grund und Boden, der Arbeitsmittel z. c. die wirtschaftliche Ungleichheit und mit ihr all jenes Elend schafft, welches zu besiegen wollen.“

— Mag Nordau in seinen „konventionellen“ Augen der Kulturmenschheit betont gleichfalls die Erziehungsfrage, indem er behauptet: „Die sozialökonomische Beziehung ist die wirtschaftliche Gleichheit unbedingt erforderlich, um die Menschen zur wahren Glückseligkeit zu ver-

helfen. Als Anfang ist eine gleiche Erziehung erforderlich, hier beginnt die wirkliche ethische Kultur.“ — Nur wo neben der politischen Gleichheit auch wirtschaftliche Gleichheit herrscht, kann es wahrhaft zufriedene und glückliche Menschen in allen Schichten der Gesellschaft geben; wo Niemand den andern zu bitten braucht um seinen Broderwerb, da herrscht wahre Freiheit. — So lange die Naturschätze und die Produktionsmittel nur einzelnen bevorzugten zugänglich sind, so lange die Bildung nur dazu verwendet wird Reichthümer in den Händen einzelner zu schaffen, so lange das Privateigentum nur die Handhabe bietet, sich auf Kosten anderer weniger Gebildeter in den Besitz der Nahrungsquellen zu setzen und andere von sich abhängig zu machen, so lange wird es auch keine erträglichen Zustände für die Arbeiter geben.

Erst wenn die Naturschätze Allen gehören und die Erde Niemanden, wenn die Produktion in einer großen gemeinschaftlichen Organisation betrieben wird, wenn Alles das, was die Menschen in dieser gemeinschaftlichen Organisation der Arbeit errungen haben, ihnen auch gemeinschaftlich gehört, erst dann können wir von wirklichen Kulturständen sprechen. — Der große Mechanismus menschlicher Zusammenarbeit kann unmöglich einem Einzelnen oder vielen Einzelnen gehören, welche die Produktionsfähigkeit nur nach der Zweckfähigkeit für die Ansammlung von Kapitalien regulieren. Zu einer Zeit, wo der Gewinn lediglich der Beweggrund ist lediglich zu produzieren, da wird die große Masse immer Mangel leiden, denn es liegt in der Natur des kapitalistischen Gewinnsystems, die Produktion da zu unterbrechen, wo sie aufhört Gewinn zu bringen, denn nicht der Bedarf, nur der Gewinn ist für den Kapitalisten maßgebend.

In der noch natürlichen Rechten organisierten Gesellschaft wird infosfern Gleichheit herrschen müssen, als der eine nicht weniger als ein Mensch und der andere nicht mehr als ein Mensch sein wird. — An die Stelle der Sonderinteressen, der Sonderrechte werden die allgemeinen Interessen, die auf Zusammengehörigkeit basirten Menschenrechte treten. Jeder wird sich frei entwickeln können, sofern er nicht andere schädigt, jeder wird in der Lage sein, sich selbst zu helfen, da er seine ganze Kraft nicht für einen Privatarbeitgeber sondern für sich und die ganze Gesellschaft verwenden darf, soweit es die Zusammengehörigkeit erfordert.

Diese soziale Genossenschaft wird eine vollständige Regeneration der Gesellschaft bewirken; in ihren wirtschaftlichen, rechtlichen und religiösen-sittlichen Verhältnissen; sie wird auch die wirtschaftliche Gleichheit herbeiführen — nicht nur zum Vortheile der Gesamtheit, sondern auch zu Nutz und Frommen des Einzelnen, des heutigen Proletariers; der sich nicht mehr zu retten weiß. — Die wirtschaftliche Gleichheit wird die Lösung der sozialen Frage herbeiführen! —

Hp.

## Familie und Staat.

### Bekanntmachung.

Zum § 10 des Verbandsstatuts müssen im Monat Dezember die Neuwahlen der Zahlstellen-Verwaltungen stattfinden.

— Die Verwaltungen werden hiermit erachtet, unter Beachtung der §§ 10—17 des Statuts im kommenden Dezember die Neuwahlen vorzunehmen. — Man beachte insbesondere folgendes: Der Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer werden jeder in einem besonderen Wahlkreis, vermittelst Stimmzettel gewählt. Für Zahlstellen von 50—100 Mitgliedern

werden außerdem ein Beisitzer, und für jede weitere angefangene 50 Mitglieder ein Beisitzer gewählt. Außerdem müssen 1 bis 3 Revisoren gewählt werden. Die Beisitzer müssen ebenfalls mit Stimmzettel gewählt werden, deren Wahl kann jedoch in einem gemeinschaftlichen Wahlgange erfolgen. Ständige Stellvertreter sind im Statut nicht vorgesehen und ist die Wahl von solchen nicht erforderlich. — Wählbar in die Verwaltung sind alle stimmsfähigen Mitglieder, doch müssen dieselben mindestens drei Monate dem Verbande angehören. (Bei neugegründeten Zahlstellen findet letztere Bestimmung keine Anwendung). Jeder Gewählte ist zur Annahme der Wahl verpflichtet; doch können Mitglieder, welche ein Jahr lang der Verwaltung oder den Revisoren angehört haben, die Wahl für's nächste Jahr ablehnen. Alle Zahlstellen-Verwaltungsmitglieder können wieder gewählt werden.

Die Zeichnung für die Zahlstelle haben der Vorsitzende und der Schriftführer gemeinsam; beide müssen großjährig sein. Die Mitglieder der Zahlstellen-Verwaltung brauchen nicht Mitglieder des Beihülfesfonds zu sein. Unterlasser können je nach Bedürfnis gewählt werden. Anspruch auf Entschädigung, wie solche dem Kassirer mit 4 p.C. zusteht, haben dieselben nicht; eine diesbezügliche Vereinbarung bleibt jedoch den Kassirern überlassen. — In allen Orten, wo das Vertrauensmännerystem eingeschürt ist, sind solche in öffentlichen Versammlungen aufzustellen und dem Vorstand in Vorschlag zu bringen, welcher dieselben dann als Vertrauensmänner der am Orte befindlichen Einzelmitglieder ernennt. — Die Versammlung, welche die Verwaltung wählt, hat auch gleichzeitig den Organ-Empfänger zu bestimmen, weil demselben öfter Drucksachen u. c. zugesandt werden, welche dem Organ beigelegt werden. Mit Nr. 48 der „Ametse“, geht den Organempfängern ein Formular zu, für jede Zahlstelle, in welcher die Mitglieds-Nummer und Namen der Gewählten deutlich und mit genauer Angabe der Wohnung, einzutragen sind. Dieses von der Verwaltung unterzeichnete Formular ist bis zum 1. Januar 1901 an den Unterzeichneten einzusenden.

J. Schneider, Verbandschriftführer.

### Aufforderung.

Gemäß § 34 des Verbandsstatuts, werden folgende Zahlstellen zur Einsendung der Abschlüsse und Gelder pro III. Quartal 1900 aufgefordert:

Gräfenthal, Großbreitenbach, Grünstadt, Hirschberg, Kamenz, Moschendorf, Oberködig, Saargemünd, Sigendorf, Stadtlim, Tambach, Tettau, Unterweißbach, Welden.

W. Herden, Verbandsklassirer.

### Bitte Beachtung!

Beim Abschluß der letzten Generalversammlung erhalten alle diejenigen unserer Mitglieder, welche in Österreich-Ungarn in Arbeit treten, und infolge dessen aus Grund des Gegenseitigkeit-Vertrages aus unserem Verbande ausscheiden und der „Union“ beitreten müssen, später aber nach Deutschland zurückkehren, wieder ihre frühere, vor dem Wechsel zur Union innegehabte Mitgliedsnummer, unter voller Anerkennung früher erworbener Rechte.

Da nun aber die Ortsgruppenleitungen, entgegen den Bestimmungen des Gegenseitigkeit-Vertrages, es stets unterlassen, die im abgegebenen Quittungsbuch verzeichnete Mitgliedsnummer in das auszufüllende einzutragen, werden alle die Mitglieder, welche

gezwungen sind, der Union beizutreten, ersucht, stets darauf zu dringen, daß dieser Bestimmung von Seiten der Ortsgruppenresp. Untonsleitung nachgekommen wird. Bei denjenigen Mitgliedern, welche es unterlassen, sich die im abgegebenen Quittungsbuch verzeichnete Mitgliedsnummer in das von der Union ausgestellte, eintragen zu lassen, wird die Mitgliedschaft nur von dem Tage an gerechnet, an welchem die betreffenden der Union beigetreten sind, gehen demzufolge früher erworbene Rechte verlustig.

Wilhelm Herden, Verbandsklassirer.

### Aus unserm Berufe.

Vom Streik in Rudolstadt (Schäfer u. Vater) ist mitzuheilen, daß die Streikenden am vorigen Freitag einen Versuch zu Unterhandlungen gemacht haben. Der Herr Vater soll den betreffenden Streikenden durch die Formerei geführt, auf die besetzten Plätze gedrängt und gesagt haben, daß sei seine Antwort. — Wir haben natürlich in Bezug auf die Besetzung der Plätze durch Personen, die alles andere, nur keine Porzelliner sind, unsere eigenen Gedanken und glauben, auch Herr Schäfer wird da vielleicht mit uns übereinstimmen, doch wollen wir uns jeder weiteren Bemerkung enthalten. Jedenfalls dürfte die Thatsache, daß die Sonntagssarbeit dort jetzt sehr kultiviert wird, ein Beweis sein, daß die Arbeitswilligen keine „Ersatzkräfte“ darstellen. Vielleicht dürfte das nun aber auch anders werden, indem ein „Arbeitswilliger“ jetzt angefangen hat, der, wie das „Thüringer Volksblatt“ ironisch schreibt, mit „großem Erfolge“ früher in Gips arbeitete, leider habe aber der Staatsanwalt sich dann in die Sache und zwar auch mit großem Erfolg, gemischt. — Von den Eingesparten sind nun doch wieder zwei auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem die Untersuchung festgestellt hat, daß sie „Verbrecher“ nicht sind.

Doch die Ausländer sind und treu zu ihrer Sache stehen, ist nach wie vor der Fall, auch in den Reihen der Verbandsgenossinnen herrscht keine Unzufriedenheit, ganz das Gegenteil. Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen allerorts, wahret die Solidarität! Halte Zugang fern, vergesset die Rämpfenden nicht!

Abicht u. Co. in Ilmenau, Fabrik feinster Terrakotten u. c. Wenn wir nicht aus Erfahrung müßten, daß tatsächlich dort in Ilmenau, und jedenfalls auch bei Abicht u. Co., wirklich hübsche Terrakottatrisel gefertigt würden, den Briefen nach, die die Firma an uns sowohl, als auch an den Ilmenauer Kassirer richtete, könnte man das sicher nicht annehmen. Danach müßte das Erzeugnis der Fabrik ein ganz gewöhnliches sein.

Wenn wir in unserem Organ eine manchmal etwas grobkörnige aber für Arbeiter immerhin richtige Sprache führen, so kann man doch aber sicher nicht von einem so griesen „Niveau“ reden, auf dem wir noch unseren Berichten zu urtheilen, stehen sollen und auf dieses Niveau herunterzusteigen, die Firma Abicht u. Co. sich nicht versiehen kann.

Nach der Lektüre sowohl des Briefes an uns, als auch jenes an den Zahlstellenklassirer in Ilmenau sind wir der Meinung, daß, wenn auch nur Arbeiter, die nur eine Volksschule besucht haben, wir doch im schriftlichen Verkehr mit Anderen eine Bildung befunden, die jedenfalls auf einem viel höheren Niveau zu Ruhm beanspruchen kann, als jene des betreffenden Briefschreibers.

Unter oder über welches „Niveau“ soll man j. W. den folgenden Satz stellen: „Wir

schweigen können wir es nicht, daß wir es wiederholt in Händen hatten, Ihnen für Besiedlungen etwas ganz Gehöriges anzubrennen“, man thue es aber nicht, um eben nicht auf das „Niveau“ herabzusteigen. Eine sonderbare Rücksicht fürwahr, wenn man sich beleidigt fühlt und falt zum Gott zu rufen nur probt, man könnte hier vermeintlichen Beleidiger etwas ganz Gehöriges „anzubrennen“!

Die ganze Affäre, wodurch ca. 15 Berufsgenossen Streikende oder Ausgesparte wurden, soll nach Abicht u. Co. das Werk der Nach eines gemeinen Menschen sein, in ihrer weiteren Entwicklung eine Schurkei, der wir „kräftigsten Vorschub geleistet haben sollen“.

Brüderlichkeit, Gemeinheit, Höchst, Wahrheit, Hilfsbereitschaft, das sind ja einige Krautkörner aus den Briefen der Firma; dazu kommt dann noch die schauerliche Ankündigung: „Wir lassen indes nicht mit uns sprächen“ und „das können Sie sich hinter die Ohren schreiben für den Fall Sie Appellit haben, es noch einmal mit uns zu versuchen“.

Worin nun die vermeintliche Schurkei oder das Nachwerk liegen soll und wer das veranlaßt haben soll, darüber schreigt sich die Firma auf.

Wir hatten vorige Woche Gelegenheit, in Ilmenau mit den ausländigen Betriebsgenossen persönlich Rücksprache zu nehmen und haben aber auch kein Dokument davon in Erfahrung bringen können, daß irgend andere Gründe zu der ganzen Affäre vorlagen, als aus den verschiedenen Berichten in diesem Blatte hervorgegangen.

Die Gründe waren eben wie immer die, daß die Arbeiter versuchten, mit Hilfe ihrer Organisation etwas für sie Bürgern zu erreichen. Weil die Firma jede Unterhandlung in brüderlicher Weise ablehnte, kam es zum Streik, der nachher zur Aussperrung wurde, weil die Firma Verbandsmitglieder beschloß.

Von einer „Schurkei“ doch zu reden, ist etwas stark. — Die Firma thut nun so, als wenn in ihrem Geschäft in Bezug auf Arbeitslohn etc. alles so glänzend wäre, wie nirgendwo. Sie sendet uns eine Lohnliste ein, nach der im Jahre 1899 ein Durchschnittsdienst von pro Tag 3,61 Mk. herauskommt, auf dieses Resultat sei sie stolz.

Du lieber Gott, ist denn bei einer strengenden Arbeit, wie das Formen von Terrakottagegenständen und mit Rücksicht auf die heueren Ilmenauer Lebensverhältnisse ein derartiger Verdienst wirklich ein hoher, ja nur auch ein guter zu nennen? Das Thongeld, schreibt die Firma, habe sie vor ca. 2 Jahren freiwillig abgeschafft, durch Aufhebung dieser alten Einrichtung sei ca. 12—14 Formen jährlich 500 Mk. geschenkt worden! Sicherlich bildet man sich ein, der ganze Verdienst wird dort den Arbeitern nur „geschenkt“.

Geschmacvoll drückt sich die Firma in dem Briefe an den Zahlstellenklassirer aus: „Wenn verschiedene unserer früheren Leute sich diese Bänche angearbeitet hatten, so kann es doch bei uns mit der Schnäbelerei nicht so schlimm sein!“

Ja, ja, mancher Unternehmer oder Jahr viele, werden sich und seit vom „Leben des Betriebes“ und in Ilmenau bei Abicht u. Co. scheinen gar Arbeiter „durchausig“ vom Arbeitserwerb geworben zu sein, das kann schon einmal vorkommen, wenn sie den Haushalt kann nur auch mit Eleganz zu tragen wissen. Uebrigens haben wir ein solches doppelseitiges „Buchstegempler“ unter den Ausgesparten nicht bemerkt. Sicherlich war alles nur „Schwamm“ und weil nicht gearbeitet, weil gespielt wurde und die Leute nur spazieren gingen, füllt das Buch nicht ab.

Die Angelegenheit konnte von vornherein in Frieden erledigt werden, wenn die Firma nur einigermaßen hierzu bereit war. Wie die Sache jetzt liegt, daß einmal die Firma unter diesen Umständen Verbandsmitglieder wieder beschäftigen will, daß zum anderen sie sich aufs hohe Pferd setzt und erklärt, sie braucht keine Erbschäfte mehr, ist nun auch nicht daran zu denken, daß jetzt noch irgendwie eine Versöhnung möglich wäre. Nach der ganzen Art und Weise aber, wie die Firma bestrebt ist, doch noch Leute, sogar aus den Reihen der Zugesperrten herumzutragen, die bei ihr arbeiten sollen, scheint uns immerhin noch Mangel an Arbeitskräften dort vorzuliegen.

Die Berufsgenossen wollen also den Zugang fernhalten. Aber wenn auch wirklich die Arbeitsplage jetzt vollbesetzt wären, so wird doch mal wieder eine andere Zeit kommen, wo das nicht der Fall ist und die Firma Wicht u. Co. möge sich dann immer der eigenhümlichen Absage an uns erinnern; wir werden das auf alle Fälle thun.

Auch der grenzenloseste Haß einer solchen Firma gegen unsere Organisation wird nicht verhindern können, daß mit der Zeit die Berufsgenossen, die uns noch fern stehen, der Organisation hertreten; gerade in Thüringen scheint nach dieser Richtung hin sich jetzt vieles zu bessern. Ob dann die Firma die Wahrschau des von ihr beliebten Sakes: „Wie gewissen Geschöpfen, denen es zu wohl ist und da ihre Freiheit dann doch zu weit ging“, an sich erproben wird, wir wollen es abwarten.

Auf alle Fälle werden wir uns herausnehmen, stets die Kollegen über die „Affaire Wicht u. Co.“ auf dem Laufenden zu erhalten. Wir werden aber darauf achten, die Grenze des „Niveaus“ nicht zu übersteigen, was der werthen Firma etwa Gelegenheit geben könnte, und „etwas ganz Schändliches aufzubrennen“.

Man halte den Zugang nach Firma Wicht u. Co. fern!

Von Tillowitz wurden vor vierzehn Tagen Differenzen in der Gräflich Frankenberger'schen Fabrik gemeldet. Der Verbandsvorsitzende war nach dort delegiert und hat nach Lage der Dinge wieder einmal zum Frieden gebracht. In anerkennenswerther Weise gab der Direktor Gelegenheit, durch langwierige Verhandlungen mit den Arbeitern deren Klagen auf den Grund zu kommen. Die freie Aussprache förderte neben kleinen Nebentreibungen und Missverständnissen eine Anzahl berechtigter Beschwerden zu Tage, deren Abstellung zum Theil sofort erfolgte, zum andern Theil zugesichert ist und eine Frage der Zeit sein wird. Daß die Direktion ebenfalls berechtigte Ursache zur Klage über einzelne Arbeiter hatte, darf auch nicht verschwiegen werden. Auf die Einzelheiten einzugehen erübrigt sich. Waren die augenblicklich erlangten Zugeständnisse auch sehr minimal, so scheint doch der Grund für dauernde gegenseitige Fühlung und Verständigung der Direktion mit den Arbeitern gelegt und an den für die Zukunft gesetzten Zuschreibungen glauben wir nach dem Bericht des Verbandsvertreters nicht zu zweifeln. Es ist nicht zu verkennen, daß die Direktion große Schwierigkeiten zu überwinden hat, wenn sie an Stelle verfallener Hütten der alten Fabrik einen modernen Betrieb einzustellen will, aber allenthalben zeigen sich schon fertige praktische Neuerungen, denen andere schon im Interesse des Geschäfts selbst allerdings noch folgen müssen. Aber auch unsere Mitglieder haben eine schwere Aufgabe: Sie haben der Idee der Organisation im Oberschlesien Rüstung und Anerkennung zu verschaffen und zu beweisen, was ein organisierter Arbeiter werth ist. Nach ihrem Werth wird man sie dann auch schätzen müssen.

An der Saale fühlem Strand . . . liegt auch Uhlstädt, welcher Ort eine Porzellanfabrik in sich schließt. Die Fabrik ist älteren Datums und wir erinnern uns, daß unter der Regie des „Gewerbevereins“ der „Ortsverein“ Uhlstädt, resp. die dort beschäftigten Arbeiter und deren Verhältnisse, die Öffentlichkeit schon beschäftigte. Ihnen wir nicht, hatte die Firma Alberti seiner Zeit sogar eine Klage gegen den derzeitigen Generalsekretär Lenz angestrengt. In letzter Zeit hat man von dort wenig oder nichts gehört und wenn ja, so war es durchaus nichts Erfreuliches. Und nicht allein nur in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse, sondern auch die Berufsgenossen selbst zeigten z. B. vor ca. 2 Jahren erst, daß dasjenige, was zur Errichtung besserer Zustände nothwendig ist, die Einigkeit, bei ihnen noch fehlte. Mit Leidetem dürfte es jetzt, soweit wir bei unserem letzten kurzen Dorfsemin erkennen konnten, doch nur besser gestellt sein und was daran noch fehlt, wird hoffentlich nachgeholt werden.

Dass die Akkordarbeiter in Uhlstädt wie an so vielen Orten ebenfalls ihre Platzbeleuchtung bezahlen müssen, nun das wird Staunen weiter nicht erregen, leider hat man sich an diese Monstrosität zu sehr „gewöhnt“. Aber Klagen über ganz außergewöhnliche hohe Defektabzüge mußten wir vernehmen. So soll es vorgekommen sein, daß der 14-tägige Lohn zur Besteitung des Defektes nicht auslangt und Geld von zu Hause noch mitgebracht werden mußte. Und wenn die Direktion auch neuerdings 3 p.C. vom Hundert nicht als Defekt anrechnet, was darüber kommt, wird aber vom Lohn geklaut. Und es wird Defekt abgezogen, obgleich verschiedenerlei Umstände die Schulde an den Fehlern haben, der Arbeiter aber vielleicht die allergeringste. Interessant war es uns, auch zu hören, daß z. B. an Kannen, die Fäße zeigten, letztere verstrichen, noch einmal gebrannt wurden und dann als gut galten, der Arbeiter hatte aber pro Stück 40 Pf. Defekt zahlen müssen. — Dabei ist der Verdienst Uhlstädt auch nur ein geringer, zum nothdürftigen Lebensunterhalt zulangender.

Nun, wir sind der Ansicht, daß, wenn die Berufsgenossen dort einig zusammenstehen und der Direktion in korrekter Weise ihre Klagen vorbringen, so wird die Direktion schon mit sich reden lassen und dafür sorgen, daß solche außergewöhnlichen Nebelschläge von der Bildfläche verschwinden. Wir rieten den Genossen, einmal vorstellig zu werden und geben uns der Hoffnung hin, daß wir bald unseren Lesern mittheilen können: Uhlstädt hat man Entgegenkommen gezeigt, die Nebelstände sind gehoben. Von den Malern wurden bewegliche Klagen über den Obermeister Röhnert laut, der sich die Herabsetzung der Akkordlöhnne sehr angelegen sein lassen soll; ebenso verlagte man sich, daß man während der Arbeitszeit auch für die Zimmerheizung zu sorgen habe, (notabene darf dabei nicht angenommen werden, daß jeder Maler nun auch sein Holz oder Kohle von zu Hause mitzubringen hat). Wir sind überzeugt, davon weiß gar nichts, denn sonst würde doch sicher schon längst Abhilfe geschaffen worden sein.

**Bakla.** Endlich sind wir auch einmal in der Loge, etwas Erfreuliches mittheilen zu können; den Drehern (Akkordgesellschaft) wurden die Löhne für verschiedene Artikel aufgedosser folgende Artikel: Marthol 5 Pf., alle Bouillonberg 5 Pf., alle Bacon-Rinderbrot und 5 Pf. pro 100 Stück, außerdem Brot um 15 Pf. pro 100

wurde den von der Krankenkasse der Porzellanfabrik schon lange ausgesteuerten Arbeitern, nachdem sie bis zu diesem Sommer 5 Mark Unterstützung von der Direktion erhielten, dieselbe auf 8 und 10 Pf. erhöht. Dies alles ohne Kampf. Betrachtet man, daß die Aktiengesellschaft in der Lage ist, jährlich 25 Prozent Dividende an ihre Aktionäre zu verteilen, so ist es eigentlich ganz selbstverständlich, daß auch einmal an die Arbeiter gedacht und deren Lage verbessert wird. Möchten nun auch recht bald die Maler sowie alle anderen Arbeiter der Porzellanfabrik (Aktiengesellschaft) mit einer Lohnaufbesserung beglückt werden. Ein bitterer Wermuthströpfen fällt leider wieder herein, da die Direktion das von Herrn Clements Schmidt geschlagene Mädchen unbegreiflicher Weise entlassen hat. Sollten hieran vielleicht die Artikel der „Altenburger Volkszeitung“ und der „Ameise“ schuld sein?

— **Ausruf!** Betreffs der Nothlage der beim hiesigen Brand betroffenen Mitglieder erlauben wir uns, mit einer Bitte an die werthen Genossen heranzutreten. Wenn auch einige Kollegen darunter sind, welche Unterstützung beziehen, so haben wir immer noch die große Mehrzahl, welche noch nicht unterstützungsberechtigt sind, und mit über Wasser gehalten werden müssen. Wenn man bedenkt, bei jetztiger Jahreszeit 25 Familien mit 66 Angehörigen, die können so leicht nicht untergebracht werden; wir müssen auch verhüten, daß gerade während des Streiks in Rudolstadt die Leute nicht zu Arbeitswilligen werden.

Wir richten nun an alle werthen Genossen die dringende Bitte, die in Noth gerathenen Mitglieder zu unterstützen. Gelder sind an Herrn Karl Ammon, Blankenhain, Gleizer, Bahnhofstr. 9, zu senden.

**Blankenhain.** Die Verwaltung.

— **Geld! Geld!** Der Herr Rechtsanwalt Josef Raisserswerth in Weiden teilt uns mit, daß nunmehr der 40 prozentige Rest der Ründigungsentschädigung in dem Beschl. a'schen Konkurs (Krummenau) zur Auszahlung komme. Er sendet uns ein Verzeichniß der daran beteiligten Arbeiter und wollen die Kollegen die unten aufgeführten darauf aufmerksam machen: Kropf, Johann; Kempf, August; Kämpf, Adam; Kämpf, Emma; Noderer, Johann; Schreiber, Ambros; Meier, Eva; Lippert, König, Josef; Vielgut, Gustav; Krüger, Georg; Stich, Ferdinand; Weith, Karl; Großer, Johann; Eisl, Martin; Kastner, Andreas (gestorben, die Redaktion); Sterzl, Albin; Gleßner, Frieser, Rosner. Die Vorstehenden wollen dem Herrn Rechtsanwalt Raisserswerth ihre verzeitige Adresse angeben.

— **Aus Österreich.** Vor Arbeitsangeboten nach Miskolc (Ungarn) wird gewarnt! Unter dem Vorwande, daß die Fabrik den Betrieb einstellt, sind sämtliche Dreher und Maler entlassen worden. Es ist aber auch leicht möglich, daß sich die Firma durch die Entlassungen aus momentanen Verlegenheiten retten will. Arbeitsangebote sind daher zurückzuweisen. — **Als Administrator der Solidarität** wird der Gen. Joh. Bägel seitens der Unionsleitung durch Urabstimmung zur Wahl der Mitglieder gestellt.

## Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— **Heberkundearbeit.** Eine, auch von vielen Porzellanarbeitern zu beherzigende Resolution saßt eine Versammlung der Graueure u. Glässleure in Berlin. Sie lautet: „In Erwägung, daß die Heberkund- und Gläserarbeit in unserem Berufe die Errichtung besserer Arbeitsbedingungen, insbesondere eine Verkürzung der Arbeitszeit erschwert oder unmöglich macht, beschließt die Versammlung

der Filiale Berlin: 1. Die Beseitigung der Heimarbeit und die Verminderung der Überzeitarbeit in den Werkstätten auf das geringste Maß ist, neben der neuständigen Arbeitszeit, vor allen anderen Forderungen anzustreben. 2. Jedes Verbandsmitglied, das der Heimarbeit und Überstundearbeit freiwillig Vorschub leistet, ist aus dem Verbande auszuschließen. 3. Die Untersuchung ihrer bekannt werdenden Fälle hat die örtliche Verwaltung zu führen und der Mitgliederversammlung dementsprechend Anträge zu unterbreiten."

— In Berlin sind die Leinen- und Tuchmacher in eine Lohnbewegung eingetreten und waren bis Montag 43 Firmen mit 630 Rutschern beteiligt. 21 Firmen mit 415 Rutschern erledigten die Angelegenheit durch Verständigung, bezw. Be- willigung der Forderungen.

— In Berlin tritt am 24. Dezember der belgische Gewerkschaftskongress zusammen. Er hat u. A. folgende Punkte zu erleben: Protest gegen den Gesetzentwurf betr. die Arbeiterpensionen, Gewerkschaftsorganisationen, Akkordarbeit. Bericht über Veränderungen der Arbeitszeit und der Löhne, sowie der Mitgliederbeiträge in den Gewerkschaften. Internationale Sekretariate.

— **Vernünftige Richter.** Wegen Vergehens gegen den § 153 der G.-O. und wegen Körperverletzung war der Mauter Lübbrodt in Essen vor dem dortigen Gericht angeklagt. Ein wahrer Muskelnabe von Streikbrecher, ließ sich vom Streikkomitee Unterstützung und Reissengeld auszahlen und fand auch auswärts Beschäftigung. Es dauerte aber nicht lange, dann war dies „staats-erhaltende Element“ wiederum in Essen, wußte sich nochmals Streikunterstützung zu verschaffen und nahm alsdann die Arbeit als Streikbrecher auf. Hierüber mit Recht erregt, stellte Lübbrodt den Muskelnaben zur Rede, ließ ihn seine Vorrichtung und schließlich auch eine gesalzene Ohrfeige fühlen. Nun folgte Heulen und Wehklagen und die Polizei mußte hessen, die „Ehre“ des Streikbrechers zu reparieren. Der Amtsanwalt hielt die Anklage in vollem Umfange ausrecht und beantragte drei Monate Gefängnis. Das Gericht ließ aber den ganzen § 153 fallen und verurteilte E. wegen einfacher Bekleidung zu 10 Mark, wegen hässlicher Bekleidung zu 20 Mark Geldstrafe. In der Begründung des Urteils heißt es, Lübbrodt habe aus idealen Motiven gehandelt.

— **Die Lage des Arbeitsmarktes.** Ein anderes Gepräge als die Börse mit steigenden Kursen zeigt das gegenwärtige Bild des Arbeitsmarktes. In den öffentlichen Arbeitsnachweisen, soweit sie an die Berichterstattung der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, drängten sich im Oktober um 100 offene Stellen 120,4 Arbeitsuchende (gegen 104,9 im Vorjahr). Namentlich nimmt bei den ungelieerten Arbeitern die Zahl der Arbeitslosen sichtlich zu; außer von Berlin wird sie auch schon von mittleren Städten, wie Mainz, berichtet. Aber auch bei den Metallarbeitern möcht die Arbeitslosigkeit, so in Heidelberg, Mannheim, Mainz, Freiburg in Br., in den rheinisch-westfälischen Industriezentren, in Berlin. In der Textilindustrie ist trotz einiger Lichtpunkte eine allgemeine Besserung nicht zu finden, vielmehr greift die Krise auch auf Börse über, die bisher verschont blieben. So arbeiten in der Weberei Bielefelds ca. 1500 Arbeiter nur fünf Tage in der Woche. Im Baumgewerbe ist überwiegend schon stille Zeit, obwohl dies weiter noch nicht dazu brängt. — In einzelnen Orten wurde bereits eine Binnahme der wandernden Arbeitslosen bemerkt, so in Pfungstadt (157 gegen 95 im Oktober v. J.)

Wenn dennoch die Zahl der beschäftigten Arbeiter nach den Mitgliederziffern der Krankenkassen eine minimale Zunahme von 0,2 p.C. zu verzeichnen hat, so bleibt diese doch um das Achthache gegen das Vorjahr zurück, wo die Steigerung 1,6 betrug. Für die neu hinzutretenden Arbeitslosen werben die Ausichten zusehends ungünstiger.

— Über die Gewerkschaftsbewegung äußerten sich anlässlich eines Streites der Hafenarbeiter in Hamers in Dänemark und damit in Verbindung stehenden Versuches, einen „christlichen Bund“ zu gründen, der Streikbrecher anwerben sollte, zwei Geistliche. Der eine: „Es ist meine Überzeugung, daß die Gewerkschaftsbewegung Nuhn gebracht hat und ganz besonders auch die moralischen Eigenschaften der Arbeiter erhöht hat. Lebt man fern von anderen Menschen, so mag man thun, was man will. Lebt man aber mit so vielen zusammen, so hat man Rücksicht auf die Allgemeinheit zu nehmen und vor Allem nichts zu thun, was die Arbeitsbedingungen der anderen beeinträchtigen kann. Man soll sich nicht weigern, einem Fachverein beizutreten, mit der Motivierung, daß man damit vielleicht etwas Böses begehen könnte. Denn dann könnte man ja auch nicht Staats-, noch Gemeindebürger sein, wenn jeder Einzelne die Verantwortung für jede Handlung dieser Gemeinschaften tragen würde.“

Der andere Pastor äußerte unter Anderem: „Es ist meine Meinung, daß die Vorläufer der Organisation die tüchtigsten und rechtschaffesten Arbeiter sind, während an den Streikbrechern oft „ein moralischer Haken“ gefunden wird. Es liegt eine große Gefahr darin, mit einer ökonomischen Bewegung den Namen Christi zu verkaufen. Wir Geistlichen protestieren energisch dagegen, daß es Gottes Sache sein sollte, als Streikbrecher zu arbeiten.“

### Versammlungsberichte etc.

**Berlin II.** Die Versammlung vom 17. November eröffnete der Vorsitzende um 9 Uhr. Zu Punkt 1 der Tages-Ordnung gab der Kassier die Abrechnung vom letzten Quartal. Kollege Hartmann bestätigte namens der Revisoren die Richtigkeit derselben und beantragte Decharge für den Kassier, welche ihm auch erteilt wurde. Zu Punkt 2 der Tages-Ordnung erhielt der Genosse Theodor Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus dem bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versammlung der zahlreichen Berliner II. muß nach dem vorangegangenen Referat des Genossen Neher das Wort zu seinem Vortrag: „Können die Gewerkschaften neutral sein?“ Aus den bestätigten Ausführungen des Referenten war zu ersehen, daß die Gewerkschaften nur etwas erreichen können, wenn sie Arbeiterpolitik treiben und diese sei nur in der sozialdemokratischen Partei zu finden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die am heutigen Abend stattfindende Versam

angeschlossen haben. Darum, hinein in die Organisation! — Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde den Ausständigen in Altona Stadt 10 M. aus den 15 p. Et. bewilligt, zugleich richtet die Versammlung an sämtliche Zahlstellen, insbesondere an die größeren, daß es ihnen, mit ihren 15 p. Et. nicht so zurückzuhalten, sondern den Ausständigen nach Möglichkeit zukommen lassen zu wollen. — Die nächste Versammlung findet am 15. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Westphal, Dorotheenstraße 14 I., statt.

**Fahlst.** „Der gewerbliche Arbeitsvertrag nach dem neuen bürgerlichen Gesetzbuch“ lautete das Thema, über welches Genossen Stübben, Altenburg, in einer außerordentlichen Versammlung referierte. Der Redner führte in seinem 1½ stündigen Vortrag in leicht fasslicher Art aus, daß die Juristen an dem neuen bürgerlichen Gesetzbuch 22 Jahre gearbeitet haben, ehe es zur Vollendung kam. Alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten, welche doch eigentlich in erster Linie dazu berufen gewesen wären, arbeiteten mit an dem Gesetz. Als Vortheil sei zu begrüßen, daß nach Einführung des neuen Gesetzes wenigstens eine Einheit in der Rechtsprechung erfolge, denn früher gab es Orte, in welchen dreierlei Rechte existierten. Als Grundlage zu dem neuen Gesetz diente das alte römische Recht, denn 19 Theile des jetzigen Rechts sind dem alten römischen entnommen, welches bis jetzt als Duell der Weisheit galt. Galt doch früher schon der Grundsatz, daß nur der Besitz arbeitet, Arbeit aber schändet. Wurde doch früher schon Unterschied zwischen höherer und niederer Arbeit gemacht. Als höhere Arbeiter galten Lehrer, Sänger, Redner etc., als niedere die gewerblichen Arbeiter; den ersten zahlte man Honorar, Salair, jenen aber Lohn. Die freien Arbeiter wurden jedoch zur Entwicklung der Industrie gebraucht, die Hochdienstgegenstände von früher paßten nicht mehr in dieselbe und so wurde die Feudalherrschaft geschlagen, dies bedeutete jedoch keine Freiheit des Proletariats, sondern der Bourgeoisie, da die herrschende Klasse es sehr gut versteht, das eigene Ich in den Vordergrund zu stellen. Im Übrigen sei das neue Gesetz nicht einheitlich und freiheitlich genug, denn die Seeleute sowie das Gefinde ziehen immer noch unter Ausnahmestimmungen und so kommt es, daß das Gefinde immer noch geschlagen werden kann; ein Antrag auf unbeschränkte Koalitionsfreiheit wurde abgelehnt, trotzdem dies gerade sehr notwendig wäre. Hat uns doch jetzt die 12.000 Meter Alffalte betrachtet, was wir von der Regierung zu erwarten haben. Auch spricht man im ganzen Gesetz nicht von einem Arbeits-, sondern nur von einem Dienstvertrag und trotz des neuen Gesetzes thuen die einzelnen Regierungen was sie wollen; z. B. die Regierung in Sachsen-Weimar, wo ja bekanntlich jede Versammlung verboten wird; die freie Hansestadt Lübeck verbietet das Streikpostenstehen, trotzdem dieses gegen die Reichsverfassung verstößt. Der Unterschied zwischen der Sklaverei besteht eben nur darin, daß früher die Lederpeltsche, jetzt die Hungerpeltsche geschwungen wird. Im weiteren Verlaufe zergliederte der Redner die wichtigsten Paragraphen der Reihe nach und wurde so den Anwesenden ein klares Bild geschaffen, welche Umstände für den Arbeiter nach dem neuen bürgerlichen Gesetzbuch in seinem Arbeitsverhältnis von Bedeutung sind. Die Diskussion über den Vortrag war eine rege, denn verschiedene Mitglieder wünschten über diesen und jenen Punkt nähere Auskunft, welche Gen. Stückeln in ausführlicher Weise ertheilte.

Zum Schlus erläuterte derselbe die Bedeutung der Arbeiterausschüsse, mögen sich die hiesigen Genossen dieselben zu Hörzen nehmen, da ja die Frage der Arbeiterausschüsse bei uns jetzt aufgerollt ist. Leider waren nur 127 Mitglieder zu diesem sehr lehrreichen Vortrag anwesend, ein Hell der organisierten Porzellanarbeiter hatte es vorgezogen, für diesen Abend eine Unterhaltung im Turnverein zu arrangieren; ist es nun an und für sich bedauerlich, daß die Arbeiter immer noch im Banne der Klubvereine stehen, so zeigt es doch eine gerade zu reaktionäre Gestaltung, wenn Verbandsmitglieder an einem Vortragabend der Zahlstelle einen vorzüglichen Unterhaltungabend veranstalten.

### Briefkassen.

K. in L. Der in Nr. 1 vom Jahre 1897 quittirte Unterstützungs-Betrag belief sich auf 39,37 M. und zwar: Rahla 21,85 M., Magdeburger Mitglieder 1,40 M., Verein „Sibellitas“ 2,50 M., Zahlstelle Rahla 6.— M., Arbeiter-Bildungs-Verein Rahla 5,50 M. Gruß auch an Familie. — S. in H. Der Schlesische Malerverband wurde Januar 1886 gegründet.

— **Uhrdruf.** Bei Anzeigen von Freiwilligkeiten, Gewerkschafts-, Stiftungssachen etc. haben wir bisher den größten Spielraum gelassen und gratis die Anzeigen aufgenommen, wenn die Zahlstelle an den Vergnügungen beteiligt war. Eine Anzeige über ein „Preisstegeln“ dürfte denn aber doch etwas zu weit gehen und wenn „schöne Preise“ ausgelegt sind kann der Preis der Anzeige auch bezahlt werden. Das „Preisstegeln“ findet am 1. Dezember statt. Sie hätten also nicht mehr keinen Betrag von 3 M. einzusenden, so daß die Anzeige noch in diese Nummer kommt, deswegen diese Brief.

LASTENNOTIZ, die auch für alle jene gilt, die den Anzeigentheil der „Ampfe“ allzuweit ohne Entgelt belästigen wollen.

### Häressen-Nachtrag.

Schwelm. Vors.: Gustav Hundschede, Kaiserstr. 16. Schrift.: Lambert Hofmann, Kaiserstr. 5. Kass.: Heinrich Rommel, Ostenstr. 5. Revis.: Ludwig Geyer, Ostenstr. 5. Sämtl. Maler. Verkehrslokal: Heinrich Spiller, Restaurant „Im Krug zum grünen Krause“, Ostenstraße.

Bonn-Poppelsdorf. Kassirer Glas wohnt Clemens-Auguststr. 20.

Piesau i. Thüringen. Vors.: Aug. Gramß, Dreher, Spechtritzbrunn. Schrift.: Heinrich Müller III, Brenner. Kass.: Ant. Weigel, Maler, beide in Piesau.

Schedewitz. Kass.: Herm. Naumann, Dreher, Niederplanitz, Hohstraße. Revis.: Louis Carl, Maler, Niederplanitz, Parkstraße.

### Plakat.

Euskau. Wald Hannig, Dreher, geb. 7. März 1848 zu Britz, gest. 9. November 1900 an Lungenschwund. Mitglied des Magdeburger Verbandes.

Plaue. Theod. Greiss zu, Dreher, geboren 13. Dezember 1846, gestorben 15. November 1900 an der Porzellanerkrankheit. Verbandsmitglied seit 1888.

Sorgau. Anton Hilbig, Dreher, geboren 10. Februar 1836 in Haasdorf, Kr. Neurode, gestorben 11. November 1900, seit 1895 Invalide. Krankheit: Lungenerleiden u. Lungenerweiterung. Leichte Krankheitsdauer 3 Wochen. Mitglied des Verbandes und Beihülfsonds.

Wilsa. Emil Werner, Dreher, geboren 9. Januar 1859, gestorben 9. November 1900 an Lung- und Gehirnstrombursitose. Leichte Krankheitsdauer 2 Wochen. Mitglied des Verbandes und Beihülfsonds.

Chre ihrem Andenken.

### Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung. Dienstag, 4. Dezember, Abends präzise 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Wittenberg. Sonnabend, 1. Dezember Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Neuwahl der Verwaltung.

Bayreuth. Sonnabend, 1. Dezember bei Franz Görl. Verwaltungswahl.

Berlin II. Sonnabend, 1. Dezember: Zahlabend und Bibliothek. Montag, 3. Dezember: Verwaltungssitzung bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Blankenhain. Sonnabend, 1. Dezember, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal.

Charlottenburg. Sonnabend, 8. Dezember bei Ober, Bismarck- und Rückertstraßen Ecke.

Coburg. Sonnabend, 1. Dezember im Vereinslokal vor „grünen Linde“ Generalversammlung, Abends 1½ Uhr. Sämtliche Bibliotheksbücher sind mitzubringen.

Döbeln. Sonnabend, 1. Dezember, Abends 8 Uhr in der Mälzterterrasse.

Elgersburg. Sonntag, 2. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal. Verwaltungswahl.

Frankfurt a. O. Sonnabend, 8. Dezember, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Akademische Bierhalle“. Wichtige Tagesordnung. Verwaltungswahl.

Frankfurt a. M.—Offenbach. Sonnabend, 8. Dezember, Abends 1½ Uhr, im Restaurant „Drei Könige“, Offenbach, Domstraße.

Gerickewald. Sonnabend, 1. Dezember, Abends 1½ Uhr, im „Goldenen Adler“.

Gotha. Sonnabend, 8. Dezember, Abends 8 Uhr, im Restaurant zur Erholung. Verwaltungswahl.

Großenhain. Sonntag, 2. Dezember, Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal. Bibliotheksbücher sind alle mitzubringen.

Jüterbog. Sonnabend, den 8. Dezember im Vereinslokal.

Kaala. Sonnabend, 1. Dezember, Abends 8 Uhr im Rosengarten. Neuwahl der Verwaltung. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Kronach. Sonntag, 9. Dezember, Mittags 1 Uhr, im Vereinslokal. Verwaltungswahl.

Marienwerder. Sonnabend, 1. Dezember, Abends 7 Uhr, bei Jaf. Gager.

Margarethenhütte. Sonnabend, 1. Dezember, in Brehmen bei Gastwirth Went.

Meißen. Sonnabend, 1. Dezember, Abends 8 Uhr, im „Kromprin“. Neuwahl. Alle erscheinen.

München. Sonnabend, den 1. Dezember, im Restaurant „Zur Alten“ Ecke Blaiberg- und Schillerstraße. Wegen überr. wichtiger Tagesordnung ist Erscheinen ab 11 Uhr Mitglieder unbedingt ratschwindig. Anfang präzis 8 Uhr. Tagesordnung: 1. Neuwahl der Zahlstellenverwaltung. 2. Geschäftliches. 3. Verschiedenes. Wennso wie erlaubt, die Bücher behufs Regelung der Bibliothek mitzubringen.

Neuhaldensee. Sonnabend, 8. Dezember bei Herzog (Masche). Verwaltungswahl, deshalb Alle erscheinen.

Rüdersdorf. Sonnabend, 15. Dezember, im Felseder. Verwaltungswahl, deshalb Alle erscheinen!

Posen-Wildau. Sonnabend, 1. Dezember, Abends 8½ Uhr, im „Weißen Hirsch“, Kronprinzenstraße 75. Verwaltungswahl.

Potschappel. Jeden ersten Sonnabend im Monat. Zahlabend beim Kollegen Paul Hempel.

Regensburg. Sonnabend, 1. Dezember im Vereinslokal.

Rehau. Sonnabend, 1. Dezember, Abends 7½ Uhr, in der Garlsruhe. Verwaltungswahl. Abgelaufene Quittungsbücher sollen die Mitglieder mit zur Versammlung bringen.

Selb. Sonntag, 25. Dezember, Nachm. 2 Uhr im „Ludwigsteller“. Es wird dringend eracht, die Bibliotheksbücher mitzubringen.

Schönwald. Sonnabend, 1. Dezember, Abends 7 Uhr, im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung, deshalb Alle erscheinen.

Sorgau-Niederschönau. Sonnabend, 1. Dezember, Abends 6½ Uhr, in Pöslers Gasthof zur Straßenmühle. Wichtige Tagesordnung.

Spanbau. Sonnabend, 1. Dezember im Vereinslokal Wehe. Wichtige Tagesordnung.

Stadtteilsgeld. Mittwoch, 5. Dezember, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal. Neuwahl.

Suhla. Sonntag, 2. Dezember, Nachmittags 3 Uhr in den „Drei Linden“ zu Goldlauter. Verwaltungswahl.

Tambach. Sonntag, 9. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, im Stengel'schen Gasthof.

Wallendorf. Mittwoch, 5. Dezember, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal. Alle erscheinen!

Weißwasser. Sonnabend, 8. Dezember, im Vereinslokal.

Wittenberg. Sonnabend, 1. Dezember, Abends 7½ Uhr, im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung.

Wunsiedel. Sonnabend, 1. Dezember, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal Kleemeier. Verwaltungswahl. Bibliotheksbücher sind alle mitzubringen.

### Das Arbeiterrecht

von Stadttagen, in dauerhaftem Leinenband 5,50 M. liefert porto- und spesenfrei unter Nachnahme f. Pröbstig, Cämmrich a. Rh., Steinhor.

**Goldschmiede, sowie goldhaltige Lappen, Pinse, Valetten, Flaschen, Näpfe u. s. w.**

werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 M. 60 Pt. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

**H. Haupt, Dresden-A.**  
Hammerstr. 12.



Nürnberg. Sonntag, den 9. Dezember im „Felseder“, Ecke Felseder- u. Fabrikstr. Musikalische Vorträge.

Altwasser. Sonnabend, 8. Dezember, Abends 8 Uhr im Gasthof „Zum eisernen Kreuz“ freireligiöser Vortrag des Herrn Tschirn-Breslau über:

**„Die Bibel und Weltgeschichte“.**

Die Mitglieder der hiesigen, sowie der umliegenden Zahlstellen werden eracht, zu diesem Vortrage recht zahlreich zu erscheinen.

Kolmar. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser

**Herbstvergnügen**

bestehend in Tanzkränzchen u. sonstiger Unterhaltung am Sonnabend, den 1. Dezember, Abends von 8 Uhr ab bei Felseder stattfindet.

Die Mitglieder werden gebeten, sich recht zahlreich hieran zu beteiligen.

**Die Verwaltung.**

Hüttensteinach. Allen durchreisenden Kollegen zu gefälligen Kenntnisnahme, daß freiwillige Unterstützung nur noch an Ausgestellte und an Jung ausgetretene Kollegen, welche die Karriere noch nicht übernommen haben, verübt wird.

**Die Verwaltung.**